a)	Öffentlicher Auftrag	ggeber (Vergabestelle)				
	Name	Magistrat d	Magistrat der Stadt Weilburg			
	Straße	Mauerstraß	Mauerstraße 6-8			
	Plz, Ort 3578		arburg			
	Telefon					
	Fax					
	E-Mail	weilburg@	Dieteranfrage.de			
	Internet					
	Umsatzsteuer-Identi	ifikationsnummer				
b)	Vergabeverfahren	Öffentliche Ausschreibu	ung, VOB/A			
	Vergabenummer	25-12-09-1000				
c)	Angaben zum elekt	ronischen Vergabeverfahrer	n und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen			
•	- ohne elektronische Signatur (Textform)					
d)	Art des Auftrags					
	Ausführung von	n Bauleistungen				
	Planung und Ausführung von Bauleistungen					
	Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)					
e)	Ort der Ausführung					
-,	35781 Weilburg					
f)	Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose					
	Rahmenvereinbarung Straßen- und Kanalunterhaltung der Stadt Weilburg Erd-, Entwässerungskanal- und Verkehrswegearbeiten - Erd-, Entwässerungskanal- und Verkehrswegearbeiten (gemäß STLBBauZ) - Auftragsvolumen ca. 130 TEUR (netto pro Jahr) - für den Zeitraum von 01.02.2026 bis 31.01.2027 - Verlängerungsoption: 1 x 1 Jahr					
g)	Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden					
	Zweck der baulichen	n Anlage				
	Zweck des Auftrags					
L\	· ·	/Autad Hunfana alaha Dah	hataba fi			
h)	Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)					
		nd mäaliah	nur für ein Los			
	☐ ja, Angebote sir	id moglicii	_			
			für ein oder mehrere Lose			
			nur f\u00fcr alle Lose (alle Lose m\u00fcssen angeboten werden)			
i)	Ausführungsfrister	1	moracity			
-,	Beginn der Aus		01.02.2026			
j)	_	der Dauer der Leistungen	31.01.2027			
	Bestimmungen über die Ausführungsfrist					
	Option zur Vertragsverlängerung: 1 x 1 Jahr					
	Nebenangebote					
	zugelassen					
	nur in Verbindung mit einem Hauptangebot					
	incht zugelasse					
k)	mehrere					
/	Hauptangebote					

		zugelassen				
I)	Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen					
	Vergabeunterlagen					
	X	werden elektronisch zur	Verfügung gestellt unter:	https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJVMYQ8/documents		
	können angefordert werden unter:					
		Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen				
	Abgabe Verschwiegenheitserklärung					
	andere Maßnahmen:					
		Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist				
	Nachforderung					
	Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden					
	nachgefordert					
		teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:				
		nicht nachgefordert				
o)	Abl	auf der Angebotsfrist	am 09.12.2025 um 10:00	Uhr		
	Abla	auf der Bindefrist	am 20.01.2026			
p)		esse für elektronische		https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJVMYQ8		
		schrift für schriftliche Ange				
q)	Sprache, in der die Angebote abgefasst sein DE müssen:					
r)	Zus	Zuschlagskriterien				
	siehe Vergabeunterlagen					
	nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:					
		Kriterium		Gewichtung		
		Niedrigster Preis				
s)	Erö	ffnungstermin	am 09.12.2025 um 10:00	Uhr		
	Ort					
		Die Angebotsöffnung erfolgt ausschließlich elektronisch.				
		Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen				
4)		Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen. geforderte Sicherheiten				
t)	_	Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (Details siehe Vergabeunterlagen)				
u)	We	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen				
	Vorschriften, in denen sie enthalten sind					
v)	Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften					
w)		eurteilung der Eignung				
•••,	Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:					
	 1.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. 2.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren. 					
	3.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte.4.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister.					
	5.) Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation.6.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind.					

- 7.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben nachgekommen ist.
- 8.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft.
- 9.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigefügt (Formblatt 124, Formblatt 233).

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.

Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen. Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist vom Bieter eine gültige Bescheinigung der zuständigen gemeinsamen Einrichtung von Tarifvertragsparteien über seine ordnungsgemäße Teilnahme an den Sozialkassenverfahren vorzulegen. Handelt es sich bei dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter um einen inländischen Betrieb, der nicht in den Geltungsbereich der Tarifverträge fällt, die für eine gemeinsame Einrichtung im Sinne des § 4 Abs. 2 des Tarifvertragsgesetzes gelten, muss dieser Bieter gültige Bescheinigung(en) seiner Krankenkasse(n) über die ordnungsgemäße Abführung seiner Sozialversicherungsbeiträge vorlegen. Die Bescheinigung(en) darf (dürfen) nicht älter als 3 Monate (die im PQ-Verfahren hinterlegte Bescheinigung nicht älter als 6 Monate) sein. Die Vergabestelle behält sich vor, vom Bieter weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen, dies können insbesondere sein:

- eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen
- drei Referenzen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges, ggf. mit Referenzbestätigung des Referenzgebers
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes sowie Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG
- gültige Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft mit Angabe der Lohnsumme.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten (Nachunternehmer, Eignungsleihe) bedienen, sind die Erklärungen nach § 6e EU VOB/A auch vom Dritten vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Erklärungen oder Nachweise zur Eignung anzufordern.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Regierungspräsidium Gießen - VOB-Stelle/VKS

Straße Landgraf-Philipp-Platz 3-7

 Plz, Ort
 35338, Gießen

 Telefon
 +49 6413032331

 Fax
 +49 6413032197

E-Mail vobstelle@rpgi.hessen.de

Internet

Sonstiges

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

- 2.) Anfragen werden nur in Textform über die Vergabeplattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet.
- 3.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabeplattform. Das Postfach der Bieters auf der Vergabeplattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Aufklärungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr.
- 4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben erfolgt über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle.
- 5.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 6.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) in der gültigen Fassung an.
- 7.) Anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach §§ 219 Abs. 1, 225 SGB IX und anerkannte Blindenwerkstätten im Sinne des § 226 SGB IX sowie Inklusionsbetriebe nach § 215 SGB IX wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt. Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte, ener anerkannten Blindenwerkstätte oder einem Inklusionsbetrieb abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf dieses Angebot erteilt. Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte, Blindenwerkstatt oder Inklusionsbetrieb ist mit dem Angebot zu führen.

Bekanntmachungs-ID:

CXP4YJVMYQ8